

PROTOKOLL DER EINWOHNERGEMEINDEVERSAMMLUNG
VOM DONNERSTAG, 12. DEZEMBER 2024, 20.00 UHR,
IN DER WEHRLINHALLE

-
- | | |
|-------------|--|
| Traktanden: | <ol style="list-style-type: none">1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 24. Oktober 20242. Aufgaben- und Finanzplan 2025 bis 2029; Budget 2025, Steuern 2025, Finanzplan 2026-20293. Verkauf interGGA-Aktien4. Informationen aus dem Gemeinderat5. Diverses |
|-------------|--|
-

Hanspeter Ryser, Gemeindepräsident (Versammlungsleiter), eröffnet die Gemeindeversammlung und begrüsst die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Namen des Gemeinderates.

Er vermerkt, dass aufmerksame Beobachter vielleicht festgestellt haben, dass es auf den grossen Plakatwänden keine Einladung zur Gemeindeversammlung gab. Sie haben aber sicher festgestellt, dass vor einer Woche ein Flyer mit der Einladung für heute verteilt wurde, und er ist dankbar, dass heute alle hierhergekommen sind. Dazu der Hinweis: Es ist nicht so, dass die Gemeinde jetzt auf einmal auf Hochglanzprospekte umstellt; das war viel mehr die Initiative einer Ortspartei.

Für die Akustik und die Steuerung der Tonaufnahme ist die Firma Chiliworks zuständig, das Protokoll führt Anja Bertsch. Der Gemeindepräsident weist darauf hin, dass die Versammlung elektronisch aufgezeichnet wird; dies erleichtert die Dokumentation. Diskussionsteilnehmer werden gebeten, das bereitstehende Mikrofon zu benützen. Einwände gegen die Aufzeichnung werden nicht erhoben. Er bittet die Anwesenden, zu Beginn von Wortmeldungen deutlich ihren Namen zu nennen, damit diese im Protokoll korrekt aufgeführt werden können.

Die nichtstimmberechtigten Anwesenden werden gebeten, vorne rechts in der ersten Reihe Platz zu nehmen; sie dürfen das Wort nicht ergreifen.

Er stellt fest, dass die Einladung frist- und formgerecht erfolgt ist.

Der Präsident bittet, allfällige Einwände gegen die Geschäftsführung sofort, spätestens nach Abschluss des betreffenden Traktandums, zu melden. Er

Der Versammlungsleiter verliest die Namen der angemeldeten Jungbürger. Diese werden gebeten, nach vorn zu kommen und ein kleines Geschenk entgegenzunehmen; sie werden von der Gemeindeversammlung mit Applaus bedacht: [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED].

Traktandum 1: Protokoll der Gemeindeversammlung vom 24. Oktober 2024

166

Gemeindepräsident Hanspeter Ryser weist darauf hin, dass die Kurzfassung des Protokolls in der Einladung zur heutigen Gemeindeversammlung hinterlegt war. Detailliert lag es auf der Gemeindeverwaltung auf, und auf der Homepage der Gemeinde kann man es herunterladen.

■■■■■ weist darauf hin, dass in seinem Votum auf S. 26, Pos. 164, die Passage «wegen der Haltestellenbucht am Bündtenweg» gelb hinterlegt ist. Das geht am Thema vorbei. Sein Votum hat sich hauptsächlich auf die Doppelhaltestelle bezogen, wo die Leute aus dem einen Bus sehen, dass der andere vornedran steht und sie nicht umsteigen können. Er fände es toll, wenn das Richtige hinterleuchtet würde, wenn man schon etwas hinterleuchtet.

Gemeindepräsident Hanspeter Ryser sagt zu, dass man das Protokoll nochmal ansehen und im Zweifel korrigieren wird.

A B S T I M M U N G

Einstimmig wird beschlossen:

**://: DAS PROTOKOLL DER GEMEINDEVERSAMMLUNG VOM 24.
OKTOBER 2024 WIRD GENEHMIGT.**

Traktandum 2: Aufgaben- und Finanzplan 2025-2029: Budget 2025, Steuern 2025, Finanzplan 2026-2029

Versammlungsleiter Hanspeter Ryser erläutert die Vorgehensweise: Orientierung durch den Gemeinderat, Stellungnahme der Gemeindekommission, eventuell Information der RPK, Diskussion, Beschlussfassung.

An dieser Stelle weist Hanspeter Ryser darauf hin, dass er den Kollegen Pascal Ryf entschuldigen muss; dieser ist krankheitshalber verhindert.

Orientierung durch den Gemeinderat

Die Orientierung für den Gemeinderat übernimmt Alfred Binggeli. Er zeigt sich erfreut, der Gemeindeversammlung heute zum ersten Mal den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) präsentieren zu dürfen. Für seine Ausführungen hat er folgende Agenda vorgesehen: Summarischer Überblick über das Budget, Ausführungen zu den grössten Abweichungen je Leistungsbereich, zur Bilanz/zur Verschuldungssituation von Oberwil sowie zu Finanzkennzahlen im Vergleich zu den kantonalen Richtgrössen, Vorstellung des Finanzplans bis 2029 und Ausführungen zu den Steuerfüssen 2025.

Resultat			
	Rechnung 2023	Budget 2024	Budget 2025
Saldo Leistungsrechnung	-926'470	3'542'893	2'962'348
Spezialfinanzierungen HRM	132'621	1'063'816	589'868
Aufwertung Finanzvermögen	-6'326'000	0	-1'000'000
Nettoeinlage ins Eigenkapital	7'000'000	0	0
Saldo HRM	-119'849	4'606'709	2'552'216
Netto-Investitionen	9'710'770	9'576'000	6'261'000

Gemeinde Oberwil Seite 6

Zunächst zum Budget 2025: In den drei Spalten sieht man Folgendes: Zunächst die Rechnung 2023 – das ist das Jahr, das abgeschlossen ist, für

das man also die definitiven Zahlen hat. In der zweiten Spalte sieht man das Budget 2024; das ist noch kein definitiver Abschluss, allerdings abgeglichen mit dem aktuellst möglichen Stand. In der letzten Spalte sieht man das ordentliche Budget 2025.

Eine Vorbemerkung: Viele der Ausgaben – etwa 85% bis 90% – sind vorgegeben und können nur sehr begrenzt beeinflusst werden.

Der Saldo Leistungsrechnung für 2025 sieht ein budgetiertes Defizit von knapp 3 Mio. Franken vor. Hier muss man ergänzen: Der Kanton Basel Landschaft hat entschieden, eine Nullrunde bei den Löhnen der Staatsangestellten zu machen. Das ist bei diesen Zahlen nicht berücksichtigt – hier ist man noch von einem Lohnwachstum von einem Prozent ausgegangen. Das heisst, die Zahl sollte eine obere Grenze festhalten.

Im Vergleich zum Budget 2024 sieht man immerhin ein weniger schlechtes Ergebnis. Hier schlägt der Verkauf der interGGA positiv zu Buche.

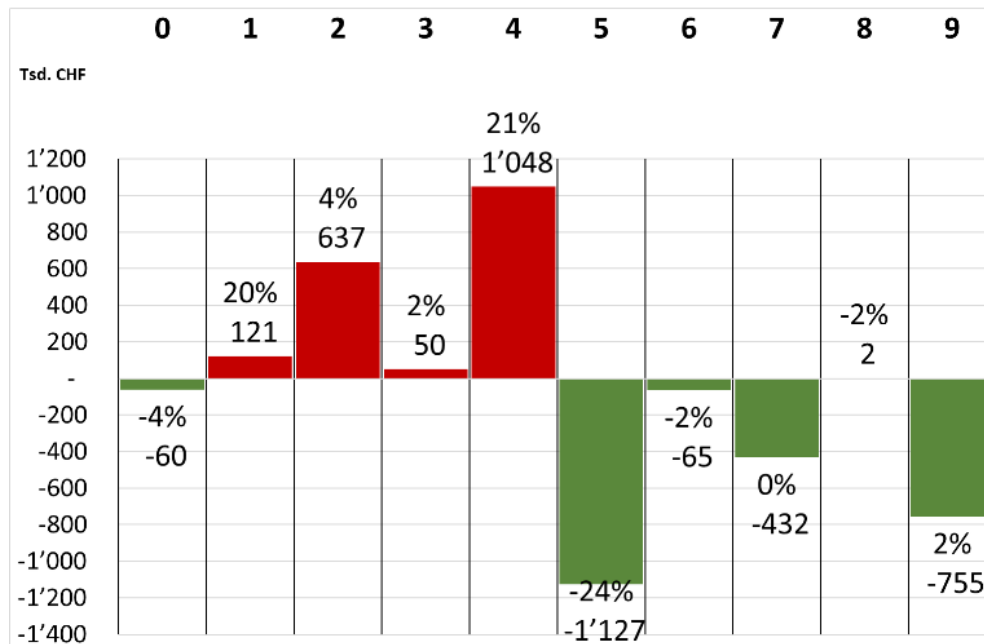
Bei den Spezialfinanzierungen gibt es ebenfalls ein Defizit. Das ist allerdings ein Stück weit gesteuert. Hier geht es primär um die Abfallkasse, die ein wenig abgebaut werden sollte.

Bei der Aufwertung Finanzvermögen – eine Mio. Franken – handelt es sich um die Wertberichtigung resp. Aufwertung einer Liegenschaft. Dieser Betrag fliesst also nicht in Franken zu, sondern erscheint nur in der Bilanz.

Der Saldo HRM spiegelt einfach die Faktoren Spezialfinanzierungen und Aufwertung Finanzvermögen wider.

Bei den Nettoinvestitionen sieht man, dass 2025 ein deutlich kleinerer Betrag budgetiert ist als 2024. 2023 wurde der Neubau der Gemeindeverwaltung abgeschlossen; grössere Positionen in 2024 waren das Dach Thomasgarten (1.5 Mio. Franken) sowie die Erneuerung von Wasserleitungen (2.5 Mio. Franken). 2025 hat man wieder ein «normales» Investitionsbudget ohne ausserordentliche notwendige Investitionen, soweit bis jetzt bekannt.

Abweichung je Leistungsbereich BU 25 / 24



Auf dieser Grafik sind die einzelnen Leistungsbereiche von 0 bis 9 und die jeweiligen Abweichungen zu sehen. Rot heisst: Hier gibt die Gemeinde gegenüber dem Budget 2024 mehr aus. Grün bedeutet: Hier gibt die Gemeinde weniger aus. Die erste Zahl gibt die prozentuale Veränderung wider, die zweite den absoluten Frankenbetrag in Tausend.

Im Folgenden soll nur auf die grösseren Abweichungen eingegangen werden. Im Bereich 1 - Öffentlicher Schutz und Rettung gibt es einen Anstieg von knapp 121'000 Franken hier geht es primär um Materialbeschaffungen für die Feuerwehr, die eben einfach mal wieder nötig sind. Vor dem Hintergrund, dass er auch die Sicherheit betreut, kann Alfred Binggeli versichern, dass bei den Beschaffungen wirklich geschaut wird, dass man bei gewissen Gerätschaften mit anderen Gemeinden zusammen einkauft, um Rabatte zu generieren.

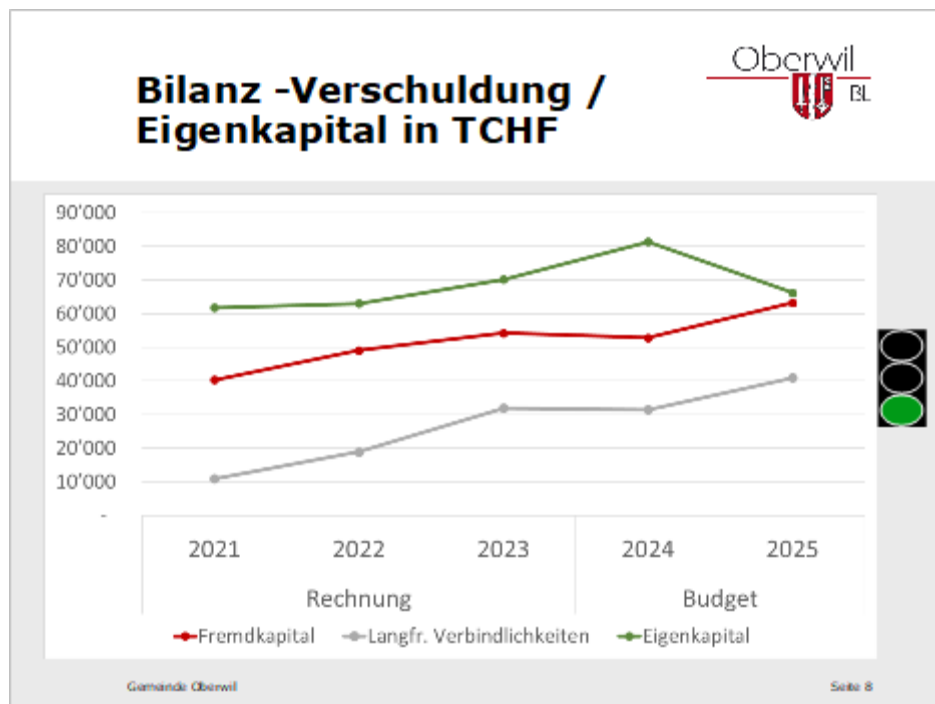
Im Bereich 2 - Bildung, Jugend und Familie gibt es einen starken Anstieg von 637'000 Franken. Dafür gibt es mehrere Gründe: Einerseits gibt es zunehmende Schülerzahlen. Dadurch gibt es auch mehr Bedarf bei schulergänzenden Tagesstrukturen. Und zuletzt gibt es – auch wenn der Kanton hier für 2025 eine Nullteuerung budgetiert hat – bei den Löhnen des Lehrpersonals jedes Jahr einen Stufenanstieg: Lehrer, die mehr Erfahrung haben, profitieren von den Leistungsstufen, die im Lohnreglement vorgesehen sind.

Im Bereich 4 - Gesundheit und Alter gibt es einerseits den positiven Aspekt, dass viele Menschen in Oberwil alt werden. Auf der anderen Seite gibt es dadurch im Bereich Pflege mehr Aufwände, da es mehr Pflegeplätze braucht. Auch gab es Anpassungen beim Pflegetarif. Dabei ist es so, dass der zu Pflegende einen plafonierten Betrag zahlt – und der Rest fällt eben bei der Gemeinde an.

Zum Bereich 5 - Soziale Sicherheit: Hier sehen die Zahlen im Asylbereich viel besser aus als man eigentlich erwartet hat; dadurch entsteht hier ein Minderaufwand gegenüber dem Budget 2024.

Bei Position 7 - Umweltschutz und Raumordnung wirkt sich der Verkauf des Kabelnetzes positiv auf das Ergebnis aus.

Im Bereich 9 - Finanzierung der Gemeindeaufgaben rechnet man mit höheren Steuereinnahmen. Gleichzeitig gibt es höhere Zinsen auf die Schulden und tiefere Vermögenssteuererträge; hier wirkt sich die kantonale Anpassung der Vermögenssteuersätze langsam aus. Trotz allem erwartet man hier einen erfreulichen Mehrertrag, alternativ weniger Defizit.



Wie sieht die Verschuldungssituation von Oberwil aus? In dieser Grafik sieht man drei Zeitreihen: die Entwicklung des Eigenkapitals, des Fremdkapitals und der langfristigen Verbindlichkeiten. Das Fremdkapital steigt aufgrund des Defizits sowie der anstehenden Investitionen weiter an. Im Gegenzug nimmt natürlich das Eigenkapital entsprechend ab.

Gemäss den Richtwerten des Kantons – Nettoverschuldungsquotient, Nettoschuld je Einwohner und Bruttoverschuldungsanteil – sind diese Werte «grün», d.h. noch in einem unproblematischen Bereich. Die Gemeinde hat also Schulden, aber es ist nicht so, dass diese die Gemeinde finanziell erdrücken. In anderen Gemeinden sieht das ganz anders aus.



Finanzkennzahlen

Kennzahl	Budget 2025	Budget 2024	Ø5 Jahre	Kantonale Richtwerte
Selbstfinanzierung	Gesamt	20%	-1%	9%
	Allg. Haushalt	7%	-25%	-1%
	Wasser	76%	32%	58%
	Abwasser	48%	41%	34%
				Ziel 100%
Zinsbelastung	0.9%	0.3%	0.0%	< 4 % Gut
Kapitalkdienst	7.1%	7.5%	6.4%	5 % - 15 % Tragbar
Selbstfinanzierungsanteil	2%	0%	2%	<10 % Schlecht
Investitionen	11%	15%	17%	10 % - 20 % Mittel

Gemeinde Oberwil
Seite 9

In dieser Aufstellung sind die wichtigsten Finanzkennzahlen aufgeführt. Bei der Selbstfinanzierung – welchen Anteil der Investitionen kann die Gemeinde aus dem laufenden Überschuss finanzieren? – ist Oberwil überall im roten Bereich. Der kantonale Richtwert sieht eigentlich vor, dass der laufende Überschuss ausreichen sollte, um die Investitionen zu finanzieren.

Stichwort Zinsbelastung: Mit 0.9% – deutlich weniger als der Richtwert von 4% des Kantons – ist die Gemeinde hier auf einem guten Weg. Und wenn vorhin die Rede davon war, dass die Kosten der Schulden teurer werden (gerade heute Morgen gab es ja den Entscheid der Kantonalbank, den Leitzins nochmal ein halbes Prozent zu senken; man rechnet jetzt schon wieder mit Negativzinsen, um die Wirtschaft aufrecht zu erhalten), sollte die Gemeinde auch bei den Schulden Entlastung erwarten können.

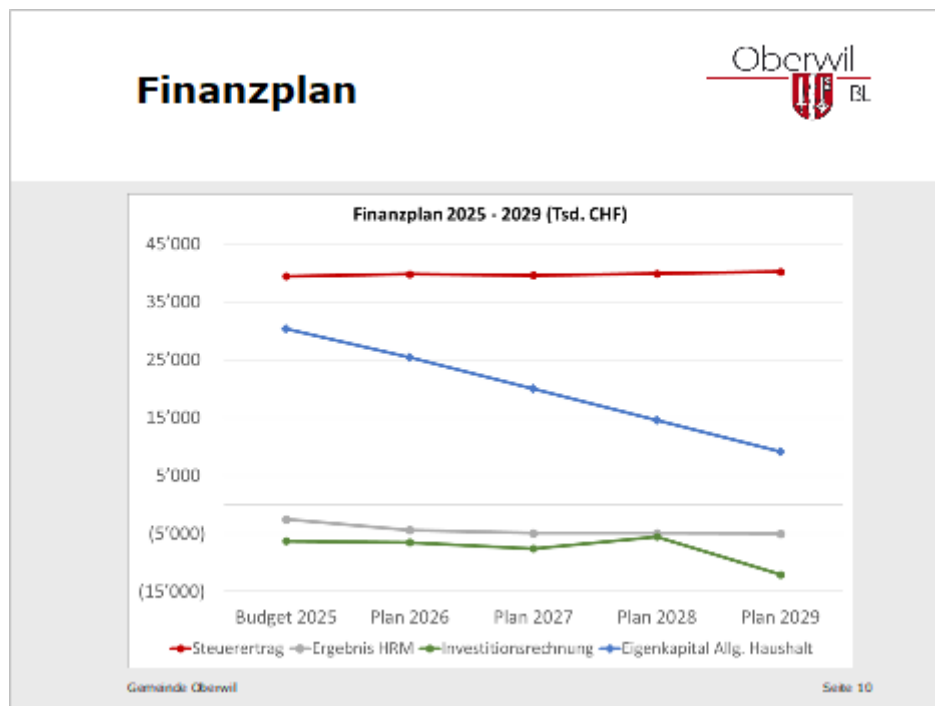
Das nächste ist der Kapitalkdienst – quasi die Zinskosten plus Abschreibungen und Wertberichtigungen im Vergleich zum laufenden Ertrag. Hier ist die Gemeinde in einem mittleren, neutralen Bereich – in einem Bereich also, der sich gemäss kantonalem Richtwert als tragbar auszeichnet.

Der Selbstfinanzierungsanteil – das also, was die Gemeinde finanzieren kann im Vergleich zum laufenden Ertrag – liegt mit budgetierten 2% deut-

lich unter dem Wert, den der Kanton für gut befindet. Gemäss diesem ist alles kleiner 10% als schlecht anzusehen.

Die Investitionen machen im Budget 2025 11% der Gesamtausgaben aus. Auch das liegt in einem mittleren, neutralen Bereich. 2024 waren es 15%, und der Durchschnitt der letzten fünf Jahre waren 17%.

Schaut man sich das Ampelsystem insgesamt an, muss man sagen: Es sieht nicht so rosig aus. Die Kennzahlen sind mehrheitlich im roten Bereich. Aber es ist noch nicht dramatisch.



In dieser Aufstellung sind die wichtigsten Kennzahlen des Finanzplans 2025 – 2029 aufgeführt. Die oberste, rote Linie sind die Steuererträge. Hier rechnet man in den nächsten Jahren mit einem leichten Anstieg. Die Investitionsrechnung ist grün dargestellt. Hier sieht man: Gegen Ende des Plans rechnet man wieder mit höheren Investitionsausgaben. Grau ist das Ergebnis gemäss HRM – das sieht nicht rosig aus, denn hier ist alles unter der Nulllinie. Das heisst, man rechnet aufgrund der Zahlen weiterhin mit einem Defizit. Blau ist im Gegenzug das Eigenkapital, das weiter abnimmt, aber immerhin über den Finanzplan nicht ins Negative rutscht – das ist a priori das Wichtigste.

Jetzt kann man sagen: Das sieht nicht so toll aus. Aber die Bürger können versichert sein: Man ist dran, Massnahmen einzuleiten, um die Situation zu stabilisieren.

Was sind dabei die Stossrichtungen?

Ein Punkt ist sicher der Finanzausgleich: Hier haben die Stimmbürger ja an der Gemeindeversammlung vom 24. Oktober der Einreichung der Gemeindeinitiative zugestimmt. Diese wurde inzwischen eingereicht. Wird diese vom Stimmvolk angenommen, kann die Gemeinde bis zu zwei Steuerprozent sparen – hat also weniger Ausgaben.

Die Schuldenbewirtschaftung ist ebenfalls ein Thema. Hier muss man versuchen, möglichst wenig Zinsen zu zahlen. Die Gemeinde hat jetzt das Glück, dass der Nationalbankpräsident heute einen ersten Schritt eingeleitet und ein Signal gesetzt hat, dass die Kosten wieder zurückgehen sollten. Hier sollte es einen positiven Effekt geben.

Ein weiterer interessanter Punkt: Wenn man sich Gedanken macht, wie die Gemeinde bei gewissen Projekten sparen kann, bietet es sich an, in einem Projekt namens «Benchmarking» mitzumachen, das die BDO Visura und mehrere Gemeinden aus und auch ausserhalb unserer Region zusammen durchführen: Ein möglichst objektiver Vergleich der Leistungserbringung zwischen den Gemeinden soll helfen, Verbesserungspotential zu finden. Zwar gibt es auch jetzt schon wunderbare Statistiken des Statistischen Amtes Basellandschaft, in denen man irgendwelche Durchschnittszahlen bilden kann; aber der Durchschnitt sagt eben nicht effektiv aus, was dahinter steckt. Es kann zum Beispiel sein, dass in einer Gemeinde mit gleich vielen Einwohnern wie Oberwil die Kosten im Bereich Alter tiefer sind. Da könnte man einfach sagen: Die machen das besser. Man kann aber auch schauen, wie gross der jeweilige Anteil der Über-80-Jährigen ist, die vielleicht intensivere Unterstützung brauchen. Man muss also die Zahlen, die man sich anschaut, so bereinigen, dass man sie wirklich vergleichen kann – und eben das wird in dem Projekt gemacht. Auf dieser Grundlage lassen sich sicher in einigen kleinen Positionen Ideen ausmachen, wie man es besser machen kann – oder vielleicht kommt man auch zur Erkenntnis, dass man es gar nicht so schlecht macht.

Abschliessend zum Thema Steuerfüsse: Auch wenn die Situation auf den ersten Blick nicht so rosig aussieht, ist der Vorschlag, dass man die Steuerfüsse 2025 unverändert bei 50% für natürliche Personen und bei 55% für juristische Personen belässt.

Sitzungsleiter Hanspeter Ryser bedankt sich und präzisiert, um möglicher Verunsicherung vorzubeugen: Dass der Selbstfinanzierungsgrad bei Wasser und Abwasser im roten Bereich liegt, ist gewollt. Die Wasser- und Abwasserkasse hat ein riesen Vermögen, das man abbauen will.

Stellungnahme der Gemeindekommission

Die Stellungnahme der Gemeindekommission trägt Kommissionspräsident Felix Lopez vor. In der Sitzung vom 20. November haben Gemeinderat Alfred Binggeli, Michèle Schlienger, Leiterin Finanzen, und Gemeindeverwalter André Schmassmann das Budget 2025 vorgestellt und sich den kritischen Fragen der Gemeindekommission gestellt. Dazu darf man festhalten, dass die Fragen bereits im Vorfeld der Sitzung schriftlich eingereicht werden konnten und die entsprechenden Antworten bereits vor der Sitzung vorgelegt wurden.

Das Leistungsbudget 2025 weist ein Defizit von rund 3 Mio. Franken aus. Die Gründe hierfür wurden bereits erläutert, und sie sind auch dem Finanzplan zu entnehmen, den sicher alle gelesen haben. Absolut gesehen, fallen der Bereich 2 - Bildung Jugend und Familie und der Bereich 4 - Gesundheit und Alter sehr hoch aus. Einerseits hat Oberwil zunehmende Schülerzahlen, schulergänzende Tagesstrukturen und steigende Löhne des Lehrpersonals zu verzeichnen, andererseits hat man demographisch bedingte Tarifanpassungen im Bereich Gesundheit und Alter zu zahlen. Erfreulich ist, dass der Leistungsbereich 5 - Soziale Sicherheit wesentlich tiefer ausfällt. Das gleiche gilt für den Leistungsbereich 7 - Umweltschutz und Raumordnung. Im Bereich Management von Vermögen und Schulden sind die ansteigenden Zinsen der stärkste Kostentreiber; seit heute werden sie vielleicht nicht mehr so getrieben. Bei den Steuererträgen wird wieder ein moderates Wachstum der Einkommensteuer erwartet, jedoch werden die Vermögenssteuern aufgrund der kantonalen Anpassungen der Steuerberechnungen sinken.

Der Gemeindekommission ist bewusst, dass das Kostenwachstum im Wesentlichen aus der Tatsache resultiert, dass Bund und Kanton den Gemeinden sowohl die Leistungserbringung als auch das Preisgefüge einheitlich vorschreiben. Entsprechend wird der finanzielle Spielraum der Gemeinden von Jahr zu Jahr kleiner. Es war zu hören: 85 bis 90% der Gemeindeaufgaben und der daraus resultierenden Kosten sind fremdbestimmt.

Was das Investitionsbudget mit knapp 63 Mio. Franken angeht, kann man festhalten, dass die Nettoinvestitionen aufgrund der Abschlusszahlungen für den Neubau des Gemeindehauses auf ein reguläres Niveau gesunken sind.

Sämtliche Fragen der Gemeindekommissionsmitglieder wurden nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet. Es wurde dargelegt, dass die Ge-

meinde darum bemüht ist zu prüfen, wo Einsparungen möglich sind und wo man effizienter schaffen kann. Stichwort Benchmarking. Die Vertreter der Gemeinde haben unterstrichen, dass die Gemeindeverwaltung darum bemüht ist, so gut wie möglich ressourcenschonend mit den Finanzen umzugehen. Die Gemeindekommission dankt den Gemeindeangestellten für die Arbeit und der Verwaltung generell für die Erstellung des übersichtlichen Aufgaben- und Finanzplans.

Die Gemeindekommission empfiehlt der Gemeindeversammlung mit zwei Gegenstimmen bei einer Enthaltung, das Leistungsbudget 2025 mit einem Aufwandüberschuss von 2'962'348 Franken zu genehmigen. Einstimmig bei einer Enthaltung empfiehlt die Gemeindekommission, das Investitionsbudget 2025 mit Nettoinvestitionen von 6'261'000 Franken zu genehmigen. Weiter empfiehlt die Gemeindekommission der Gemeindeversammlung einstimmig, dem Steuerfuss von 50% des Staatssteuerbetrags für Einkommen und Vermögen von natürlichen Personen und dem Steuerfuss von 55% vom Steuerbetrag für Ertrag und Kapital von juristischen Personen zuzustimmen.

Abschließend teilt Felix Lopez als Präsident der Gemeindeversammlung im Namen aller Mitglieder transparenzhalber mit, dass man sich mit Blick auf die Finanzen dazu entschlossen hat, auf den jährlichen Jahresabschlussanlass mit anschliessendem Nachtessen mit budgetierten Kosten in Höhe von 1'320 Franken zu verzichten. Die Gemeindekommission ist sich bewusst, dass man damit die Finanzen nicht saniert. Aber mit diesem Entscheid setzt sie ein kleines Zeichen, dass jeder etwas zum Wohl der Allgemeinheit beitragen kann. Die Gemeindekommissionsmitglieder können zudem auch dazu beitragen, indem sie vorbereitet an der Sitzung teilnehmen, fokussiert und themenbezogen mitarbeiten und Sitzungen nicht künstlich in die Länge ziehen, indem man sich zum Beispiel in Nebensächlichkeiten verliert. Immerhin kostet jede Sitzung, das müssen auch alle wissen, 39.55 Franken pro Person; in Vollbesetzung also 593.25 Franken pro Stunde. In diesem Sinne dankt Felix Lopez also auch den Mitgliedern der Gemeindekommission.

Diskussion

Gemeindepräsident Hanspeter Ryser bedankt sich und informiert darüber, dass der Präsident der Rechnungsprüfungskommission nicht das Wort ergreifen will, aber selbstverständlich bei Rückfragen zur Verfügung steht.

■■■■■ zeigt sich erfreut, heute hier so viele Oberwilerinnen und Oberwiler zu sehen. Nachdem die Gemeinde sich entschieden hat, keine Einladungen mehr zu verschicken, hatte sich die SVP entschieden, hier einzuspringen und einen schönen Flyer zu gestalten. Die SVP Oberwil, wie auch die anderen bürgerlichen Parteien, haben schon seit Jahren auf die Finanzprobleme der Gemeinde hingewiesen. Es ist nichts Neues: Es gibt ein strukturelles Defizit, seit langem. Leider ist nichts oder nur wenig passiert. Es ist, so glaubt sie, die erste Gemeindeversammlung, in der man aktiv darauf eingeht und sagt: Wir machen den Vergleich mit anderen Gemeinden, wir schauen wo wir einsparen können, haben sogar auf das Nachessen verzichtet. Das ist positiv und schon mal der erste Schritt – vielleicht aber doch noch zu wenig. Darum wollte die SVP mit dem Flyer eine breitere Bevölkerung sensibilisieren. Und ist sogar so weit gekommen zu sagen: Als SVP Oberwil stellen wir den Antrag auf Rückweisung des Budgets.

Wie kommt die SVP dazu? Man hört seit Jahren, dass der Spielraum der Gemeinde, wieviel Geld man ausgibt, bei 10% liegt; neu dieses Mal war, dass es 10 bis 15 Prozent sind. Der Rest ist fremdgesteuert. Genau diesen Behauptungen ist die SVP nachgegangen, indem sie die Statistiken studiert hat. An dieser Stelle bedankt sie sich ganz herzlich bei den Leuten, die sich engagiert und mitgerechnet und kontrolliert haben, ob alles so stimmt. Man ist Leistung für Leistung durchgegangen, hat verglichen, wieviel die Gemeinden für bestimmte Positionen ausgeben. Man ist sogar so weit gegangen, die Altersstruktur oder die Schülerzahlen zu vergleichen. Man hatte zwar keine BDO, um das zu finanzieren, aber immerhin hat die SVP auch Treuhänder und Leute, die rechnen können. Was man festgestellt hat: So fremdbestimmt ist Oberwil dann doch nicht. Bei einzelnen Bereichen wurden Abweichungen um bis zu 30% zum Durchschnitt der anderen Gemeinden festgestellt. Nicht zu der Gemeinde, die am günstigsten ist, sondern zum Durchschnitt. ■■■■■ sagt also: Das mit den 10 bis 15% stimmt nicht. Hier muss man über die Bücher gehen.

Sehr gefreut hat sie, von Herrn Binggeli zu hören, dass man versucht, die Steuern so zu belassen, wie sie sind. Die SVP ist für tiefe Steuern. Sie will, dass die Einwohner ihre Rechnungen zahlen können und nicht, dass die Gemeinde überteuerte Bauten finanziert, die sie sich einfach nicht leisten kann.

Negativ gestimmt hat sie der Bericht der Rechnungsprüfungskommission, der festhält, dass der einzige Weg zum ausgeglichenen Budget eine Steuererhöhung ist. Das sieht die SVP anders: Das Problem liegt auf Seiten der

Ausgaben, nicht bei den Einnahmen. Man hat ja gesehen: Die Steuereinnahmen sind seit Jahren stabil. Das heisst: Man muss jetzt kritisch alle Punkte durchgehen und schauen, wo die Gemeinde Oberwil Geld einsparen kann. Damit die Gemeinde sich ernsthaft damit beschäftigt, sieht die SVP keinen anderen Weg, als das Budget heute abzuweisen. Die SVP lehnt das Budget ab, damit die Gemeinde gestärkt aus der Situation herauskommt.

Es gibt einen neu zusammengesetzten Gemeinderat, und [REDACTED] [REDACTED] hat volles Vertrauen, dass Herr Binggeli eine Lösung findet. Die SVP will das aber zeitlich nicht hinausschieben.

Man hat gehört, es gibt Bestrebungen zu sparen. Da sagt die SVP ganz klar: Das finden wir gut. Und sie bekräftigt ihre Meinung, indem sie das Budget heute ablehnt. Es liegt heute an den Bürgern. Sie müssen heute handeln. Man hat gesehen, wie die Schuldensituation sich entwickelt. Man hat gesehen: In ein paar Jahren hat man schon 50 Mio. Franken Fremdkapital. Die Zinsen sind mit 2% gerechnet. Wenn man aber mit 5% rechnet, wird man jährlich allein 2.5 Mio. Franken an Zinsen zahlen – und das ist heikel. Wenn man nicht jetzt handelt, sondern in ein paar Jahren, dann hat man als Einwohner gar keinen Handlungsspielraum mehr, dann muss man eigentlich jede Steuererhöhung akzeptieren, denn das Geld ist schon draussen. Man muss Schulden abbauen, und daher noch mal der Antrag der SVP, das Budget in diesem Jahr abzulehnen. Damit gibt man dem neu zusammengesetzten Gemeinderat nochmal Zeit, über die Bücher zu gehen und nach Lösungen zu suchen.

Applaus

Sitzungsleiter Hanspeter Ryser hat eine Rückfrage zwecks Präzisierung: Zu Beginn ihrer Ausführungen hat [REDACTED] von Rückweisung gesprochen, gegen Ende von Ablehnung. Was meint sie tatsächlich? Ein Rückweisungsantrag ist ein Ordnungsantrag – in diesem Fall würde jetzt nur noch über die Rückweisung gesprochen, eine inhaltliche Diskussion würde nicht fortgeführt.

[REDACTED] präzisiert: Sie stellt einen Antrag auf Ablehnung.

[REDACTED] würde interessieren, welche konkreten Sparvorschläge [REDACTED] [REDACTED] hat, jenseits der allgemeinen Behauptungen, die sie eben vorgebracht hat.

■■■■■ sagt, dass man das gerne durchspielen könnte: Man könnte die Statistik des Kantons aufschalten und Position für Position durchgehen. Und überall, wo die Gemeinde Oberwil im Durchschnitt höher ist als die anderen Gemeinden, dort muss sie kürzen.

Gemeindepräsident Hanspeter Ryser sagt, dass der reine Vergleich statistischer Zahlen so wäre, als würde man Äpfel und Birnen oder Süßmost und Orangensaft miteinander zu vergleichen: Das funktioniert einfach nicht. Man muss ins Detail gehen: Wie viele Alte gibt es in der Gemeinde, wie viele Pflegende gibt es hier, welche Kosten entstehen hier – das ist das Entscheidende. Alles andere ist oberflächliche Polemik. Einfach über statistische Zahlen zu referieren ist erstens eine Überbeanspruchung der Versammlung und zweitens einfach ein Trugschluss. Daher macht die Gemeinde zusammen mit einem Institut ein Benchmarking, das sämtliche Zahlen auseinandernimmt und richtig vergleicht. Dann steht der Gemeinderat aber auch hier hin und zeigt das – damit hat er gar kein Problem. Aber jetzt hier so eine Übung zu machen? Da würde er sich trauen, darüber abzustimmen, ob das Volk das will oder nicht.

■■■■■ sagt, dass sie auch nicht vorhatte, die Zahlen hier zu präsentieren. Aber da hier nach konkreten Vorschlägen gefragt wurde, wäre das das Vorgehen. Wie gesagt: Die SVP hat die Zahlen im Vorfeld analysiert. Zum Beispiel auch die Altersstatistik; zum Glück ist die Gemeinde hier, und auch bei den Ausgaben für die ambulante Pflege und Pflegeheim noch im Durchschnitt des Leimentals. Nun aber hier in der Versammlung Posten für Posten durchzugehen, wäre wirklich nicht sinnvoll, da muss sie Hanspeter Ryser zustimmen. Letztlich ist es auch nicht die Aufgabe der Einwohner, ein neues Budget aufzustellen – das ist die Aufgabe des Gemeinderats. Und sie bekräftigt es nochmal: Sie ist überzeugt, er findet eine Lösung.

■■■■■ sagt, dass er da vorn sehr viel Sachkompetenz sieht. Es gehört auch ein bisschen Vertrauen dazu, und eben das hat er in den Gemeinderat und in die Gemeindekommission. Er hat den Finanzplan angeschaut und hat gesehen: Das ist in einem Rahmen, den er als naiver Bürger nachvollziehen kann. Er sieht keinen Grund für eine solche Diskussion. Was er aber sieht, ist die Quengelei einer Partei, die versucht, zu sabotieren und zu sparen an Stellen, wo es einfach nichts zu sparen gibt. Und

wenn es dann nicht funktioniert in einer Gemeinde, sind das wieder die ersten, die das anprangern und kritisieren und sagen, dass die Verwaltung unfähig ist. Daher plädiert er dafür, den Finanzplan anzunehmen. Weil er ein gewisses Vertrauen hat, und weil er viele Dinge, die nun behauptet wurden, nicht nachvollziehen kann. Er hat nicht die Zeit, die Statistiken zu überprüfen. Aber merkt ein Muster, und das Muster ist: Sabotieren, sparen – um hinterher sagen zu können: Es funktioniert ja nicht.

Applaus

██████ verweist darauf, dass die Vermögenssteuern zurückgehen – und es trotzdem noch reichen sollte. Zweitens: Die Vorrednerin hat gesagt: Sie hat eigentlich Vertrauen – und gleichzeitig fordert sie die Rückweisung. Das passt für ihn nicht zusammen. Drittens: Statistiken sind so gut, wie man sie gefälscht hat. Er selbst hat sich ein Leben lang mit Statistiken befasst und weiss, dass es extrem kompliziert ist. Es wäre Unsinn, das in diesem Rahmen hier einfach anzuschauen. Was er von seiner Vorrednerin gehört hat, ist nichts anderes als ein Misstrauensantrag gegenüber allen, die das hier sauber präsentieren. Der erste Punkt wäre wohl, dass man in der nächsten Legislatur oder im nächsten Jahr schaut: Stimmen die 85 bis 90% fremdbestimmte Ausgaben. Wenn diese Zahl hinterfragt wird, bittet er die Vertreter der SVP, sich damit gemeinsam mit Herrn Binggeli und der Finanzkommission auseinanderzusetzen. Aber das ganze hier jetzt einfach über den Haufen zu werfen, ist einfach Unsinn und entspricht einem Misstrauensantrag – den die Gemeindeversammlung bitte nicht unterstützt.

Applaus

██████ stellt den Antrag auf Beenden der Diskussion und Abstimmung.

Applaus

Sitzungsleiter Hanspeter Ryser hält fest, dass das ein Ordnungsantrag ist. Das bedeutet: Er nimmt nun die Namen derjenigen auf, die noch das Wort ergreifen wollen. Dann wird über den Ordnungsantrag abgestimmt. Falls er angenommen wird, haben diejenigen, die sich zuvor gemeldet haben, das Wort. Anschliessend wird über das Budget abgestimmt.

A B S T I M M U N G

Mit grossem Mehr gegen vereinzelte Stimmen wird beschlossen:

://: DER ORDNUNGSANTRAG WIRD ANGENOMMEN.

██████ verweist darauf, dass Oberwil eine reiche Gemeinde ist und dass jeder hier auch daheim einen Haushalt hat und mit seinen Finanzen durchkommen muss. Aber die Gemeinde hat jedes Jahr Schulden. Wenn man so weitermacht, werden die Schulden und die Zinsen und damit auch die Fixkosten immer höher. Er begreift nicht, warum man in einem guten Jahr wie diesem nicht versuchen kann, mal ein ausgeglichenes Budget aufzustellen.

Applaus

██████ sagt: Es ist keine Frage von Vertrauen oder Nicht-Vertrauen in den Gemeinderat, wenn man für oder gegen das Budget ist. Wenn man das so darstellt, versucht man, diejenigen zu diskreditieren, die das Budget nicht annehmen möchten. Wenn jemand gegen das Budget ist, gibt es dafür gute Gründe. Man hat auf den gezeigten Folien gesehen, dass sich die langfristigen Verbindlichkeiten in nur vier Jahren mehr als verdreifachen. Das ist die Historie, das ist noch nicht in die Zukunft geblickt (ausser beim Budget 2025). Es wurde gesagt, dass Oberwil eine reiche Gemeinde ist. Jawohl, das ist sie. Und man ist in einem sehr guten Jahr, in einer Phase mit historischen Niedrigzinsen (mit einer kurzen Ausnahme nach Covid) – und es ist die Zeit, in der man ausgeglichene Resultate präsentieren sollte. Das sollte das Budget auch hergeben. Und jawohl, ein Haufen Kosten sind selbstverständlich gebunden. Aber an was? Es gibt Faktoren, die zu dieser Bindung führen, vielleicht sollte man das auch mal berücksichtigen. Wenn die Politik in die Richtung geht, dass die Faktoren höher werden, dann ist kein Wunder, dass auch die Gesamtausgaben höher werden. Vielleicht müsste man dort mal ansetzen. Wenn man auf der einen Seite ein Kostenwachstum hat und auf der anderen kein Einkommenswachstum, dann stimmt etwas nicht. Das sollten alle berücksichtigen bei der Entscheidung, ob sie das Budget annehmen oder ablehnen. Es geht um die Zukunft unserer Kinder, es geht nicht um uns.

Applaus

██████████ will daran erinnern: Vor ein paar Jahren gab es eine Kommission, die die Anteile ausgeleuchtet hat, die die Gemeinde sparen könnte. Dann hat man die ganzen tollen Vorschläge, die der Gemeinderat ausgearbeitet hat, an der Gemeindeversammlung vorgestellt. Da ging es teilweise um Beträgchen, bei denen man angefangen hat zu lachen. Was ist im Endeffekt passiert? Die ganzen Sparanträgen wurden abgelehnt. Der einzige, der durchgekommen ist: Dass man das Ruftaxi abstellt. Ansonsten wurden alle Anträge des Gemeinderats abgelehnt. Es tut ihm leid, das jetzt so formulieren zu müssen: Das ist Populismus auf Kindergartenenniveau. Das geht einfach nicht. Wenn jemand will, dass man spart, dann soll er einen Antrag gemäss § 68 oder § 69 machen und sagen, welche Leistungen gestrichen werden sollen. Dann kann die Gemeindeversammlung darüber diskutieren, ob man einen Nähkurs braucht oder nicht, ob man bereit ist, weiterhin den Müll vor jedem Haus abzuholen oder ob, wie er es von einigen Gemeinden weiss, alle Leute ihren Müll an drei oder vier Sammelorte bringen müssen, wo er dann abgeholt wird. Er sagt nur eins: Er ist sehr, sehr dankbar, dass er in einer Gemeinde wohnt, in der es nicht nur um Steuern geht, sondern wo man auch eine sehr gute Leistung dafür bekommt. Wenn er sich anschaut, wie gut der Werkhof dafür sorgt, dass das ganze Areal in Ordnung gehalten wird. Wenn er auf die Gemeindeverwaltung geht und ein Anliegen hat, dann wird das sehr speditiv, sehr freundlich und sehr kompetent bearbeitet. Auch das muss man anerkennen: Dass man gute Leute will – und die kosten Geld. Es gibt einen Wirtschaftswissenschaftler aus dem 19. Jahrhundert, der hat gesagt: Man kann alles billiger machen. Man darf sich dann aber am Ende nicht wundern, wenn es einfach nur noch billig ist – wenn es den Zweck nicht mehr erfüllt. Daher, liebe SVP: Macht Anträge, bringt diese in die Gemeindeversammlung, dann stimmen wir darüber ab. Aber bitte nicht so ein Kindergartenpopulismus.

Applaus

██████████ weist darauf hin, dass es die SVP Oberwil nicht erst seit heute gibt. Sie hat diverse Anträge intern gestellt, in der Gemeindegemeinschaft. Seit Jahren hat sie sich bemüht, irgendwie auf die finanziellen Probleme hinzuweisen. Der Schritt jetzt ist nötig, um den Druck zu erhöhen. Wieso? Weil die Zeit läuft, weil die Schulden dazukommen und der Spiel-

raum einfach kleiner wird. Entweder handelt man jetzt und erhöht entsprechend den Druck. Das ist das gute Recht der Bürger. Es ist sogar ihre Pflicht zu entscheiden, was sie möchten. Es ist allerdings nicht ihre Sache, das gesamte Budget zu überarbeiten. Und es ist auch kein Misstrauensvotum und keine Schuldzuweisung. Es ist einfach in der Kompetenz als Gemeindeversammlung zu sagen, was man erreichen will. «Und wir wollen ein ausgeglichenes Budget und keine Steuererhöhungen. Das ist unser Antrag als SVP». Noch ganz kurz in Zahlen, wovon hier die Rede ist: Bei einem Minus von 2.96 Mio. Franken, das die Gemeinde jetzt hat, müsste man die Steuern um 5.4% erhöhen. Nur, um die laufenden Ausgaben zu decken. Tendenziell in den nächsten Jahren, wenn man sich den Finanzplan anschaut, dann redet man von 5% – also von 50% auf 56%. Da nicht eingerechnet ist der Abbau von Schulden. Um diese abzubauen, müsste man noch mal um ein paar Prozent rauf. Und das ist die Frage der SVP: Wollen wir das? Entsprechend stimmt man dann auch ab.

Applaus

Felix Lopez weist auf den schönen Flyer mit dem Wappen von Oberwil und dem Namen der SVP daneben hin. Da wird einfach so getan, als wäre die SVP gleich Oberwil – das ist nicht der Fall. Auch er ist nicht für hohe Steuern, er ist für tiefe Steuern. Im Moment hat man 50%. Wenn man das mit anderen Gemeinden vergleicht, ist es immer noch wahnsinnig tief. Oberwil ist damit an fünfter Stelle im Bezirk Arlesheim. Diejenigen, die noch tiefere Steuern haben, überlegen sich, diese zu erhöhen. Wie gesagt: er ist nicht für Steuererhöhungen. Aber als er diesen Flyer gesehen und auch diesen Leserbrief heute gelesen hat, indem praktisch genau das gleiche drin steht wie in dem Flyer, hat er sich überlegt: Da wird einfach irgendetwas behauptet. «Ausgaben pro Einwohner pro Kopf viel höher als der Durchschnitt von anderen Gemeinden.» Quellen? Er sieht keine. «Gewisse Bereiche der Verwaltung sind bis 36% höher teurer, die Verwaltung insgesamt ist 12% teurer als der kantonale Durchschnitt.» Das ist eine Behauptung. Das ist nicht erwiesen. Das stimmt nicht. «Luxus-IT-Lösungen». Ja welche denn? Soll man wieder Schreibmaschinen einführen? «Überdimensionierte Bauprojekte»: Klar, man kann auch nichts mehr bauen und alle Mitarbeiter schaffen im Homeoffice. «Großzügige Ausgabensteigerungen, unsere Schuldenlast steigt rasant, blablabla und lehnen Sie das Budget 2025 ab» steht da noch. Aber was da nicht steht: Was passiert denn, wenn die Gemeindeversammlung das Budget ablehnt?

Man hat das schon mal durchgespielt. Die FDP ist auch mal gegen eine Steuererhöhung gewesen. Man wollte damals von 48% auf 52% hoch; letztlich hat man sich auf 50% geeinigt, so wurde es abgestimmt. Die FDP hatte immerhin mehrere konkrete Anträge gestellt – und die wurden fast allesamt abgelehnt. Außer dem zum Nähkurs; 20'000 Franken hat man gespart. Und plötzlich kommen neue Budgetanträge: «Bei mir vorm Haus liegen Blätter auf der Strasse, ich will, dass die geräumt werden» – und das sind wieder ein paar 1000 Franken.

Er hätte es ja gut gefunden von der SVP, wenn sie statt einem Twint-QR Code für sich selbst die Kontonummer der Gemeinde hinterlegt hätte – dann hätte man wenigstens etwas beigetragen. Aber so findet er es einfach ein bisschen schwach.

Was also passiert, wenn man das Budget ablehnt? Die Kosten hat man trotzdem, Budget hin oder her. Wenn man das Budget ablehnt, dann macht die Gemeinde einfach zu. Dann macht man einfach das Nötigste und der Rest ist dicht. Und dann muss man eine Zusatzgemeindeversammlung machen, zu der dann vielleicht 600 Leute kommen. Und die Zusatzgemeindeversammlung ist im Fall nicht gratis, die kostet auch Geld und das muss auch gezahlt werden. Man meint immer, man weiss alles besser. Man geht in die Beiz, und am Stammtisch überlegt man sich, wie es wirklich geht – ist doch ganz einfach. Daheim sagt er zu seiner Frau, sie soll einfach nur noch die Hälfte einkaufen – und schon hat er gespart. Es ist immer alles total einfach. Auf einer A4-Seite kann man irgendetwas zusammenschreiben und dann weiss man Bescheid. Aber: So funktioniert's einfach nicht. Wenn man sich engagieren will, dann kann man das. Man kann sich in den Landrat wählen lassen, das haben auch gewisse Leute gemacht. Und dann kann man sich überlegen, wie man die Gemeinden grundsätzlich entlasten kann. Wie man eine Gesetzgebung machen kann, in der vielleicht etwas mehr Selbstverantwortung propagiert wird und weniger «Ich will, ich will vom Staat». Jetzt noch ein Satz, den er seit Jahren hört: «Wir sind eine reiche Gemeinde.» Er hat in der Schule gelernt: Wenn man minus 0 hat, ist man nicht mehr reich. Man ist vielleicht weniger arm als andere, aber man ist nicht mehr reich. Diese Zeiten sind vorbei.

Applaus

█ weist zunächst darauf hin, dass Felix Lopez in der gleichen Partei ist wie er selbst: der FDP. Daher wurden ein paar Dinge jetzt schon gesagt. Aber er will ebenfalls nochmal nachdrücklich auf folgenden Punkt hinweisen: Die Rückweisung oder auch die Ablehnung eines Budgets ist

nicht einfach ein Kavaliersdelikt. Das bedeutet für die Gemeinde, dass sie herunterfahren muss auf die absolut zwingend nötigen Ausgaben. Das ist mit Zusatzkosten, mit Zusatzaufwand verbunden. Man muss eine weitere Gemeindeversammlung machen und so weiter. Das ist sicher der falsche Weg – ausser es würde brennen. Aber es brennt nicht in Oberwil. Man muss sich sicher Gedanken machen. Aber dann ist der vernünftige Weg ein anderer – und an dieser Stelle der entsprechende Tipp an die SVP: Wenn sie die Analyse schon so detailliert gemacht hat, dann hat sie jetzt ein halbes Jahr Zeit, um detailliert Budgetanträge zu stellen (an [REDACTED] der Hinweis: Das sind keine «68er», sondern Budgetanträge). Diese Budgetanträge kann man das ganze Jahr hindurch einreichen – und dann kann die Gemeindeversammlungen sagen, welche Leistungen oder welche Ausgaben sie kürzen will – oder eben auch nicht. Dann kann man nämlich auch inhaltlich darüber diskutieren, und man lässt nicht einfach einen Ballon steigen und hofft, dass es Sternchen regnet. Darum noch mal deutlich: Eine Rückweisung oder Ablehnung des Budgets ist der falsche Weg. Da würde er mehr Input von der SVP erwarten im nächsten Jahr. So geht seriöse Finanzpolitik.

Applaus

Gemeindepräsident Hanspeter Ryser leitet zur Abstimmung über und weist darauf hin: Wer den Antrag der SVP auf Ablehnung des Budgets unterstützt, muss an der entsprechenden Position der Abstimmung einfach mit Nein stimmen.

ABSTIMMUNG

Mit 137 Ja und 4 Nein bei 6 Enthaltungen wird beschlossen:

://: STEUERFÜSSE:

50 PROZENT VOM STAATSSTEUERBETRAG FÜR EINKOMMEN UND VERMÖGEN VON NATÜRLICHEN PERSONEN

55 PROZENT VOM STAATSSTEUERBETRAG FÜR ERTRAG UND KAPITAL VON JURISTISCHEN PERSONEN

Mit 99 Ja gegen 25 Nein bei 18 Enthaltungen wird beschlossen:

://: DEM LEISTUNGSBUDGET 2025, DAS EINEN AUFWAND-ÜBERSCHUSS VON CHF 2'962'348 AUSWEIST, WIRD MIT DEN DAMIT VERBUNDENEN LEISTUNGSAUSTRÄGEN ZUGESTIMMT.

Mit 106 Ja gegen 17 Nein bei 20 Enthaltungen wird beschlossen:

://: DEM INVESTITIONSBUDGET 2025 MIT NETTOINVESTITIONEN VON CHF 6'261'000 WIRD ZUGESTIMMT.

Bei einem Nein wird beschlossen:

://: VOM FINANZPLAN 2026 BIS 2029 WIRD KENNTNIS GENOMMEN.

Gemeindepräsident Hanspeter Ryser verweist abschliessend darauf, dass sich der Gemeinderat bewusst ist, dass die Finanzlage der Gemeinde nicht lustig ist. Und es ist auch nicht unbedingt beruhigend, dass man sich da im Einklang mit den übrigen Leimentaler Gemeinden befindet. Aber warum hat man dieses Thema? Das Problem sind nicht die mangelnden Einnahmen – es ist das Kostenwachstum. Ein Kostenwachstum, das die Gemeinde nicht selbst verursacht. Auf der einen Seite hat man das Glück, dass man hier viele Kinder hat. Aber man hat auch ein anderes Familienleben heute: Oft gehen beide Eltern schaffen, und die Kinder müssen irgendwie betreut werden. Es ist also immer mehr die öffentliche Hand, die zu den Kindern

schauen muss. Das ist eine Sache, die die Gemeinde nicht beeinflussen kann. Es ist die Gesellschaft, die sich ändert. Auch hat man das grosse Glück, dass die Leute immer älter werden – sei es, weil man von der Chemischen hier verschont ist und gute Luft hat, oder gerade wegen den Chemischen. Jedenfalls: Je älter alle werden, umso mehr Pflege braucht es. Das kostet, und es kostet die Allgemeinheit. In diesem Strudel ist man. Und es geht weiter: Wenn es mehr Kinder gibt, muss man Schulhäuser bauen, und die kosten Geld. Jede Klasse, die man aufmachen muss, kostet eine viertel Million. Das ist eine riesen Schere, die da aufgeht. Er selbst hat keine schnelle Antwort. Man ist jetzt daran, das ganze Thema im Finanzausgleich anzuschauen, denn: Wenn die Gemeinde die Steuern um 3% erhöht, hat sie am Schluss 2%, weil 1% in den Finanzausgleich geht. Das ist so ein blöder Rattenschwanz, dass man kaum herausfindet. Dann hat man einen tollen Kanton mit hervorragenden Landräten, die schauen, dass sein Budget gut oder besser wird. Aber die Kosten, die Aufgaben, gehen auf das Konto der Gemeinden, da delegiert man nach unten. Es ist ganz toll, wenn der Kanton sagen kann: Liebe Lehrer, wir sind im Wettbewerb mit anderen Kantonen und müssen die Löhne ein wenig anheben. Das zahlt aber die Gemeinde, das zahlt nicht der Kanton. Das ist das Problem, das ein wenig nervt. Und dann kommt jemand und sagt: Spart! Wo kann man sparen? Man kann das Hallenbad schliessen, man kann keine 1. August-Feier machen, man kann das Piazza nicht machen. Das sind aber alles Dinge, die eigentlich die Lebensqualität von Oberwil ausmachen. Und es ist ein harter Entscheid, das zu streichen. Man hat das schon mal gemacht. Man hat das Ruftaxi entsorgt, man hat einen Nähkurs entsorgt, den Reinigungsdienst macht man nur noch alle zwei Monate. In der Folge kommen Mails, in denen die Leute sich beschweren: Gestern hat es gewindet, und heute ist meine Strasse nicht sauber – was soll das?! Das ist herausfordernd! Es ist chaibe-schwierig, in diesem Umfeld die grossen Sparmassnahmen zu machen. Grosse Sparmassnahmen sind eigentlich nur möglich, wenn man mit anderen Gemeinden zusammenschafft – aber das ist am Anfang mit hohen Investitionen behaftet.

Hanspeter Ryser entschuldigt sich, dass er hier jetzt einen kleinen Exkurs gemacht hat – aber er musste jetzt einfach mal loswerden, was ihm im Kopfe herumgeht.

Traktandum 3: Verkauf der interGGA-Aktien

168

Versammlungsleiter Hanspeter Ryser erläutert die Vorgehensweise: Orientierung durch den Gemeinderat, Stellungnahme der Gemeindekommission, Diskussion, Beschlussfassung.

Orientierung durch den Gemeinderat

Für den Gemeinderat orientiert Peter Thanei. Er wird zunächst über die Ausgangslage informieren, dann einige Erwägungen präsentieren, und zum Schluss den Antrag.

Zur Ausgangslage: Im Jahr 2002 haben acht Gemeinden – Aesch, Arlesheim, Binningen, Bottmingen, Ettingen, Oberwil, Reinach, Therwil – die interGGA AG als Gemeinschaftsunternehmen gegründet. Diese hatte den Auftrag, den Anschlusskunden – den Einwohnern der Gemeinden also – über die Kabelnetzte das Signal zu liefern. Die Gemeindeversammlung hat am 19. Oktober 2023 zugestimmt, das Kabelnetz zu verkaufen. Dieser Verkauf des Kabelnetztes an die interGGA wird nun am 1. Januar 2025 stattfinden. Zusammen mit der Übernahme der gemeindeeigenen Kabelnetze kauft die interGGA AG eigene Aktien zurück. Dabei muss man einen gewissen Vorbehalt machen: Bevor man die Aktien an die interGGA verkaufen kann, muss man diese den Restaktionären anbieten; diese hätten das Vorkaufsrecht.

Oberwil ist mit 983 von gesamthaft 9'307 Namenaktien (10,56% des Aktienkapitals) an der interGGA AG beteiligt. Neben Oberwil gibt es noch zwei Aktionäre bei der interGGA (GGA Arlesheim und Aesch), die restlichen sind bereits ausgestiegen. Oberwil und die anderen verbleibenden Aktionäre halten zusammen einen Minderheitsanteil (<50%).

Zu den Erwägungen: Die 983 Namenaktien haben einen Nennwert von je 100 Franken, das heisst: Der Nominalwert der Oberwiler Aktien entspricht einem Wert von knapp 100'000 Franken. Der Minderheitsanteil hat zur Konsequenz, dass das Stimmrecht in Prinzip wertlos ist. Man könnte zwar abstimmen – aber die interGGA hat etwa 70%, sodass sie die Gemeinden immer überstimmen und machen könnte, was sie will. Oberwil ist also ein stummer Teilhaber, der allerdings mit seinem Anteil haftet. Das heisst: Im schlimmsten Fall müsste man diesen auf null abschreiben. Das Kabelnetz ist verkauft, die Gemeinde hat keinen Bezug mehr zur interGGA AG, haftet aber mit ihrem Anteil. Es macht deshalb Sinn, dass man die Aktien an die interGGA AG zurückverkauft, mit dem vorher genannten Vorbehalt. Dazu

ist noch zu sagen, dass die fünf Gemeinden, die bereits verkauft haben, auch zum Nennwert verkauft haben.

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung zu beschliessen:

Dem Verkauf der InterGGA-Aktien zum Nominalwert in Höhe von 98'300 Franken an die InterGGA AG wird zugestimmt.

Vorbehalten bleibt die Ausübung des Vorkaufsrechts durch eine Vertragspartei des Aktionärsbindungsvertrags – eben Aesch und Arlesheim. Bis jetzt hat niemand Gebrauch von dem Vorkaufsrecht gemacht.

Stellungnahme der Gemeindekommission

Die Orientierung für die Gemeindekommission nimmt Felix Lopez vor. Er teilt angesichts der Tatsache, dass bereits an der Gemeindeversammlung vom 19. Oktober 2023 beschlossen wurde, das kommunale Kabelnetz zum offerierten Preis von 2.2429 Mio. Franken an die interGGA zu veräußern und den Aktionärsbindungsvertrag vom 3. Dezember 2002 betreffend interGGA AG mit der Einwohnergemeinde Aesch und der GGA Genossenschaft Arlesheim spätestens per Ende 2025 zu kündigen, in einem Satz mit, dass die Gemeindekommission anlässlich der Sitzung vom 20. November 2024 das vom Gemeinderat Peter Thanei präsentierte Geschäft behandelt hat, die Argumente für den Verkauf der interGGA-Aktien nachvollziehen kann und der Gemeindeversammlung somit einstimmig bei einer Enthaltung empfiehlt, dem Verkauf der interGGA-Aktien zum Nominalwert in Höhe von 98'300 Franken an die interGGA AG zuzustimmen, vorbehaltlich dem Vorkaufsrecht durch eine Vertragspartei des Aktionärsbindungsvertrags.

Eintreten

Gemeindepräsident Hanspeter Ryser fragt, ob es ein Wortbegehren zum Eintreten gibt. Das ist nicht der Fall, das Eintreten ist stillschweigend beschlossen.

Diskussion

Gemeindepräsident Hanspeter Ryser fragt, ob es ein Wortbegehren gibt. Das ist nicht der Fall. Es kommt somit direkt zur Abstimmung.

A B S T I M M U N G

Mit grossem Mehr gegen eine Stimme wird beschlossen:

**://: DEM VERKAUF DER INTERGGA-AKTIEEN ZUM NOMINAL-
WERT IN HÖHE VON 98'300 FRANKEN AN DIE INTERGGA
AG WIRD ZUGESTIMMT.
VORBEHALTEN BLEIBT DIE AUSÜBUNG DES VORKAUFS-
RECHTS DURCH EINE VERTRAGSPARTEI DES AKTIONÄR-
BINDUNGSVERTRAGS.**

Traktandum 4: Informationen des Gemeinderates

Gemeindepräsident Hanspeter Ryser informiert zum Thema:

Antrag gemäss § 68 von [REDACTED] zum Thema Wahl des Unternehmens beim Verkauf des Kabelnetzes

Wenn ein Antrag gemäss § 68 Gemeindegesetz eingereicht wird, informiert der Gemeinderat die Gemeindeversammlung immer über den Stand der Dinge. In diesem Sinne folgende Information zum Antrag gemäss § 68 von [REDACTED] zum Thema Wahl des Unternehmens beim Verkauf des Kabelnetzes: Am 19. Oktober 2023 hat die Gemeindeversammlung entschieden, das Kabelnetz der Gemeinde Oberwil an die interGGA AG zu verkaufen. Die interGGA hat unter mehreren interessierten Firmen das beste Kaufangebot gemacht. Vorher hat [REDACTED] mit Schreiben vom 25. September 2023 einen Antrag gemäss § 68 Gemeindegesetz eingereicht, mit dem er verlangt, dass der Gemeindeversammlung die Wahl zu unterbreiten sei, an welches Unternehmen das Kabelnetz gegebenenfalls verkauft werden soll, sofern sich die Gemeindeversammlung überhaupt für einen Verkauf entscheiden sollte. Da der Antrag sehr kurzfristig gestellt wurde, konnte er bei der Gemeindeversammlung nicht berücksichtigt werden. Weil zudem die Gemeindeversammlung am 19. Oktober 2023 mit grossem Mehr beschlossen hat, das Kabelnetz an die interGGA zu verkaufen und der Beschluss inzwischen rechtskräftig war, hat die Gemeindeverwaltung Herrn [REDACTED] ein Schreiben zugestellt, wonach die Verwaltung davon ausgehe, dass der Antrag gegenstandslos geworden sei. Herr [REDACTED] hat der Gemeinde mit Brief vom 4. Dezember 2023 mitgeteilt, dass er selbstverständlich an seinem Antrag festhält. Die Gemeindeverwaltung hat dann entsprechend reagiert und hat das nicht traktandiert. In der Folge hat [REDACTED] beim Regierungsrat Basellandschaft Beschwerde eingereicht. Am 5. November 2024 hat die Baselbieter Regierung entschieden, dass der Vollzug des Gesetzes über öffentliche Beschaffung Sache des Gemeinderates sei. Beim Verkauf des Kabelnetzes kann die Gemeindeversammlung den Vertrag mit dem Käufer nur bestätigen oder ablehnen. Somit hat der Regierungsrat dem Gemeinderat Folge geleistet. Herr [REDACTED] hat gegen den Entscheid des Regierungsrates erneut Beschwerde erhoben, diesmal beim Kantonsgericht. Das Urteil des Kantonsgerichts ist in den nächsten Monaten zu erwarten. Auf dieser Ebene entsteht nicht nur administrativer Aufwand, sondern auch finanzielle Kosten. Sollte auch das Urteil

des Kantons zugunsten der Gemeinde ausfallen, kann Herr [REDACTED] selbstverständlich als finalen Schritt den Gang ans Bundesgericht wählen. Dann wird Hanspeter Ryser hier wieder informieren.

Traktandum 5: Diverses

170

■■■■■ weist, stellvertretend für Pascal Ryf und den Verein Alt-Oberwil, darauf hin, dass dieses Jahr das 10-Jahres-Jubiläum des Vereins ansteht. Dessen Gründung ist ja eng verknüpft mit einer Sparmassnahme: der Einstellung der Chronik nämlich. Zum 10-Jahres-Jubiläum hat der Verein jetzt einen Kalender gestaltet mit 12 historischen Fotos von Oberwil. Er hat ein Ansichtsexemplar hier, das man sich nachher beim Apéro anschauen kann. Bei Gefallen, kann man den Kalender heute noch bestellen unter info@oberwil.ch, dann reicht es noch fürs Weihnachtsgeschäft. Die erste Charge ist nämlich schon vergriffen.

171

■■■■■ spricht das Thema «Blätter vor dem Haus» an, das heute Abend schon von zwei Herren erwähnt wurde. Er selbst wohnt im Bruderholzquartier, wo die Straße alle zwei Monate gereinigt wird. Der letzte Termin wäre am 22. November gewesen. Man erinnert sich vielleicht: Da gab es eine Menge Schnee. Also konnte der Pflugi logischer Weise nicht putzen. Frage jetzt: Was für eine Vereinbarung hat die Gemeinde für so einen Fall? Holt der Pflugi den Tag nach, wenn es keinen Schnee mehr hat? Oder muss man jetzt warten, bis der nächste reguläre Reinigungstermin ist? Bei ihm wären es dann vier Monate Abstand: Die letzte Reinigung war im September, die nächste wäre im Januar. Er findet, er gehört auch ein wenig zu Oberwil, dass die Sauberkeit auf den öffentlichen Trottoirs gewährleistet ist – auch wenn man ein Defizit hat und es der Gemeinde nicht so gut geht. Umso mehr, als das Laub eine Rutschgefahr sein kann sowohl für Fußgänger wie für Zweiradfahrer. Und bei Starkregen kann es die Kanalisation und die Abläufe verstopfen.

Sitzungsleiter Hanspeter Ryser kann beruhigen: Es gibt eine Vereinbarung mit dem Pflugi. Oberwil war nicht die einzige Gemeinde, in der er wegen dem vielen Schnee nicht reinigen konnte – aber das wird nachgeholt. Bei dem Laub ist es allerdings immer das Gleiche: Man kann mit der Reinigungsmaschine durchgehen, alles ist sauber – und dann kommt der Sturm und am nächsten Tag liegt wieder alles voll. Das kann man nicht terminieren. An der letzten Gemeindeversammlung gab es ja einen Budgetantrag, der wurde abgelehnt – somit bleibt es bei dem Zwei-Monats-Rhythmus.

172

■■■■■ schickt voraus, dass ihre Wortmeldung nichts mit dem aktuellen Budget zu tun hat. Aber da das Thema in der Versammlung nun schon öfter aufkam, will sie nun noch mal dafür werben, dass man sich überlegt, wohin man steuert – vielleicht als Gemeinde, und vielleicht auch als jeder einzelne. Natürlich: Keiner möchte bei den Schulen sparen, niemand will, dass die Müllabfuhr nicht mehr kommt uns so weiter. Und die Gemeinde ist verpflichtet, die Dienstleistungen zu erbringen, die sie erbringt, und die Bürger sind alle happy, dass das passiert. Aber man will auch wissen, wo die Steuern, die man zahlt, hingehen. Wenn man sehr hohe Schulden eingeht, wird man die Steuern irgendwann erhöhen müssen. Darüber muss man sich bewusst sein. Das einzige, das wirklich einen starken Einfluss hat auf die Kosten, ist eigentlich: Wie viele Leute kommen hierher und wie beteiligen sich die Leute. Nächstes Jahr steht die Abstimmung über den neuen Zonenplan an. Auch da muss man sich vielleicht noch mal überlegen: Will man eine viel stärkere Verdichtung in Oberwil akzeptieren, wie will man all diesen Leuten die Dienstleistungen weiterhin erbringen, die man erbringen muss, und wie will man das finanzieren. Das ist eine Frage, die sie in den Raum stellen will. Denn was man sicher nicht will ist, dass man Dinge in letzte Minute ablehnen muss, das macht keinen Sinn. Sinn macht viel mehr, dass man die Sachen diskutiert und gut überlegt. Als Mutter von zwei Kinder kann sie sagen: Die Sorge vieler Eltern in Oberwil ist, dass ihre Kinder auf der Strasse laufen müssen, ohne Trottoir, mit steigendem Verkehr, mit steigenden Bauarbeiten, mit Lastwagen, die rückwärtsfahren. Das ist keine gute Lebensqualität mehr. Dabei will man ja eigentlich vermeiden, dass am Ende die Lebensqualität für alle sinkt. Und dabei spielt es keine Rolle, ob man rechts oder links ist, es spielt keine Rolle, was man individuell zu den Steuern beiträgt und wie viel man am Schluss rauszieht. Am Ende spielt es eine Rolle, wie man sich in Oberwil gut und wohl fühlt und dass es allen gutgeht. Man will sicher nichts streichen an den Kosten. Man muss sich überlegen, wie man die Dienstleistungen, die man bereits hat, weiterhin gut erbringt, und dass man gleichzeitig auch genug Leute hat, die all die Steuern in Oberwil zahlen wollen. Das ist eine realistische Frage, die man sich stellen muss, und die sie als Gedanke zum Mitnehmen in den Raum stellen wollte.

Applaus

■■■■■ hat einen kleinen Wunsch: Man hat ja den Häckseldienst, der war zuletzt in Dezember. Eigentlich wäre es mit Blick auf den Baumschnitt zum Beispiel sinnvoller, wenn man diesen Ende Januar durchführen könnte.

173

174

■■■■■ fragt, wie es steht, dass der Marbach eine Turnhalle und eine Überdachung auf dem Pausenplatz bekommt. Das ist immer wieder Thema in den Elterngruppen, und es heisst immer wieder, die Gemeinde macht nicht vorwärts. Man will wissen, was der Stand ist.

Gemeindepräsident Hanspeter Ryser verweist auf die Schulraumplanung, an der man intensiv dran ist. Das Genannte ist eine grössere Kostenposition – und da kann er nur eins versprechen: Es gibt keine schnelle Lösung. Aktuell ist man dran am Thema Thomasgarten mit der ganzen Dachreparatur, mit einer Asbestsanierung. Das braucht Ressourcen und auch Geld.

Sitzungsleiter Hanspeter Ryser dankt abschliessend für das zahlreiche Erscheinen und das rege Mitmachen, wünscht schöne Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr und lädt zum Apéro ein.

Ende der Versammlung: 21.31 Uhr

Die Richtigkeit des Protokolls bestätigen

GEMEINDERAT OBERWIL

Hanspeter Ryser
Gemeindepräsident

André Schmassmann
Leiter Gemeindeverwaltung